Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: [illegible]
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" [illegible] 40 Pfg., Grundzeile für Sonntage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten [illegible] nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Joppen Promenaden-, Sport-, Strapazir- Joppen für Herren und Knaben.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Simon's Annen-Hof
Dresden im Centrum der Stadt.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.

C. Heinrich Barthel
Neueste Putz- und Modewaarenhaus Strohhutfabrik Modelle
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus F. Schade & Co. Victoriastr. 2

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 Altmarkt 6
Hoflieferant Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

„Perfectio", Dr. med. Woltermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Sitz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei
M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22b

Nr. 125. **Spiegel:** Kultusdebatte im preußischen Abgeordnetenhause. Hofnachrichten, Bastelausflug, Ortskrankenkasse, Innere Mission, l'homme masque. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | Muthmaßliche Witterung: Meist trocken, kühl. | Donnerstag, 6. Mai.

Politisches.

Als tiefgründig und weitausschauend darf man die Verhandlungen bezeichnen, die zu derselben Zeit, während der Reichstag die Servisvorlage und verschiedene Kleinigkeiten durchnahm und sich dabei gemächlich in der Heiterkeit erweckenden Frühstücksberedtsamkeit des Herrn v. Bötticher sonnte, im preußischen Abgeordnetenhause über die Lehrverhältnisse an den Universitäten gepflogen wurden. Es war der fünfte Tag der Kultusdebatte, in deren vorherigem Verlauf es bereits scharfe Auseinandersetzungen über die Polenfrage und die in's Ungemessene gesteigerten Machtansprüche des Centrums gegeben hatte, das sich bereits in dem Wahne wiegt, die nächste Zukunft werde eine Art von ultramontanem Pairsschub im Deutschen Reiche bringen. Standen schon jene Erörterungen trotz ihres gefährlichen, die gegenseitigen Stimmungen und Leidenschaften reizenden Charakters durchaus auf der Höhe parlamentarischer Debatten im großen Stile, wie man sie vor Zeiten auch einmal im Reichstag zu hören bekam, so bezeichnete die Debatte am Dienstag mit Entschiedenheit den Gipfelpunkt der diesmaligen parlamentarischen Session.

Den Anfang der in Rede stehenden bemerkenswerthen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses bildeten die Ausführungen des freikonservativen Abgeordneten Frhrn. v. Zedlitz und Neukirch, dem der preußische Kultusminister Dr. Bosse in seiner Erwiederung das uneingeschränkte Lob zollte, daß er „große Gesichtspunkte zur Sprache gebracht habe, die für die ganze Entwickelung unseres Universitätswesens von höchster Bedeutung seien." In dieser ministeriellen Beleuchtung heben sich die von Herrn v. Zedlitz ausgeführten Gedanken und vorgebrachten Beschwerden, wenn sie auch sachlich bereits von weiteren patriotischen Kreisen vorempfunden und in Wort und Schrift zum Ausdruck gebracht worden sind, in neuer, eindringlicher, lichthell gezeichneter Form von dem sonst in ungewisse Dämmerung gehüllten Hintergrunde der innerpolitischen Lage ab. Zwei Dinge waren es, die Herr v. Zedlitz zum Gegenstand seiner Auslassungen machte: einmal die Bedrohung der akademischen Lehrkörper durch das Eindringen sozialrevolutionärer Elemente, die im Anschluß an den seinerzeit viel erörterten Fall des Dr. Arons in Berlin dargelegt wurde, und zum andern das Ueberwuchern der kathedersozialistischen Richtung an den Universitäten. Bei der Besprechung des erstgenannten Punktes exemplifizirte der Redner sehr wirkungsvoll auf ein jüngst ergangenes Erkenntniß des preußischen Oberverwaltungsgerichts, daß ein Beamter, der auch nur indirekt (durch Ueberlassung eines seiner Verfügung unterstehenden Lokals zu Versammlungszwecken) sozialdemokratische Bestrebungen fördert, sich einer schweren Verletzung seiner Dienstpflicht schuldig mache und des Ansehens und Vertrauens, das sein Amt erfordert, dadurch verlustig gehe. Daran knüpfte der Redner die Frage, wie es angesichts eines solchen Urtheils von höchster Gerichtsstelle über die Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie möglich sei, daß ein Mann, der der Sozialdemokratie nicht nur aktiv notorisch angehört, sondern ihre Bestrebungen direkt mit Geld und durch seine persönliche Einwirkung fördert, Mitglied des Lehrkörpers einer staatlichen Universität verbleiben könne. Das war so wirksam, daß es selbst auf das Centrum seinen Eindruck nicht verfehlte, der sich durch ein verlegenes Schweigen der Centrumsredner in der Debatte über diesen springenden Punkt dokumentirte.

Die Frage der Besetzung der staatswissenschaftlichen Lehrstühle im Allgemeinen behandelte der Redner in dem zweiten Theil seiner Ausführungen mit besonderer Spitze gegen die kathedersozialistische Richtung. Mit großem Freimuth berührte der freikonservative Abgeordnete bei dieser Gelegenheit einen wunden Punkt in unserem akademischen Leben, den er in der herrschenden kathedersozialistischen Cliquenwirthschaft fand. Für den Eingeweihten ist es in der That kein Geheimniß, daß mancher begabte Kopf die akademische Carrière aufgeben muß, weil er nicht neben seinen geistigen Eigenschaften zugleich die erforderliche Anpassungsfähigkeit an die leitenden Personen und grundlegenden Dogmen der herrschenden „Schule" besitzt. Bis zu einem gewissen Grade ist das leider in allen Fakultäten der Fall, mit den Verhältnissen auf dem staatswissenschaftlichen Gebiet ist aber in dieser Beziehung nichts zu vergleichen. Im Interesse des Lebens und der Kraft, nicht minder aber auch aus wohlverstandener Rücksicht auf die wirkliche Freiheit unserer Staatswissenschaft wird man daher durchaus der Forderung des Abgeordneten v. Zedlitz zustimmen, daß allen Richtungen gleiche Behandlung zu Theil werde und für die Besetzung der Professuren ausschließlich die wissenschaftliche Tüchtigkeit, nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ringe entscheidend sei. Als ein formales Hilfsmittel zur Beseitigung der gedachten Uebelstände empfahl der Redner die allgemeine Verschmelzung von Staatswissenschaftlern und Juristen in einer Fakultät, eine Maßregel, die in Straßburg bereits besteht und sich dort gut bewährt hat. Der gegenseitige ausgleichende Verkehr der juristischen und staatswissenschaftlichen Kollegen werde dahin führen, daß die Juristen vor einseitigem Formalismus, die Staatswissenschafter vor dem Gedankenspiel der sozialistischen Theorien und Extravaganzen bewahrt blieben.

Die Antwort des Ministers enthielt die dankenswerthe grundsätzliche Versicherung, daß die Regierung sich ihrer Aufgabe bewußt sei, bei der Besetzung der Lehrstühle dafür zu sorgen, daß nicht eine nach der sozialdemokratischen Richtung neigende und für den Staat gefährliche Richtung überhand nehme, sondern eine gesunde wissenschaftliche Auffassung auf allen Universitäten zur Geltung komme. Im Einzelnen freilich ließen die Ausführungen des Herrn Dr. Bosse eine zielbewußte Bestimmtheit häufig vermissen. Ueber den Fall Arons konnte er nur mittheilen, daß dem sozialdemokratischen Privatdozenten der „Rath" gegeben worden sei, sich der Antheilnahme an der sozialdemokratischen Agitation zu enthalten. Ein Gesetzentwurf über die Disciplinarverhältnisse der Privatdozenten, der aus Anlaß jenes Falles in Aussicht genommen sei, werde „wohl noch einige Zeit" auf sich warten lassen. Das erinnert an das in derselben Stunde im Reichstag gebrauchte „unverzüglich" des Herrn v. Bötticher mit Bezug auf die Einbringung der Militärstrafprozeßreform, das allgemeine Heiterkeit erweckte. Der Sache nach ist beides dasselbe: es wird untersucht, befragt, ausgearbeitet und entworfen, daß der geheimräthliche Edelschweiß in Strömen fließt; zu Stande kommt aber nichts. Auch den Kathedersozialisten gegenüber nahm der Minister eine Doppelstellung ein. Einmal erklärte er es für die Aufgabe der Unterrichtsverwaltung, sich nach wissenschaftlich durchgebildeten Männern der Praxis umzusehen und diesen die akademische Lehrthätigkeit zugänglich zu machen, damit der Standpunkt der Arbeitgeber „etwas mehr als bisher" zur Geltung käme. Andererseits aber brach der preußische Kultusminister mit einer persönlichen Begeisterung, die auf vielen Seiten ohne Zweifel als zu reichlich bemessen empfunden werden wird, eine Lanze für die sozialen Theoretiker, die nach seiner Meinung eigentlich als Katheder-Antisozialisten bezeichnet werden müßten. Das ist eine Zwiespältigkeit der Anschauungsweise, die man in nationalgesinnten Kreisen an leitender Stelle in so grundsätzlich wichtigen Fragen unseres öffentlichen Lebens gern vermissen würde, weil Männer, die sich von ihr beherrschen lassen, kaum die Fähigkeit haben dürften, ihrem Willen jene feste zielbewußte Richtung zu geben, deren Nothwendigkeit sich auch den versöhnlichsten und zurückhaltendsten Elementen unter den nationalen Parteien mit jedem Tage unabweisbarer aufdrängt. In der Debatte kam die Empfindung von der Unzulänglichkeit des ministeriellen Standpunkts auch seitens des gemäßigten Liberalismus zum Ausdruck. Der nationalliberale Abgeordnete Friedberg war allerdings mit der beifälligen Charakterisirung des Kathedersozialismus durch Herrn Dr. Bosse einverstanden. Der nationalliberale Abgeordnete Schmieding stellte sich dagegen auf einen Boden mit dem Frhrn. v. Zedlitz, indem er sagte, das Gute, das die Kathedersozialisten geschaffen hätten, könne gegen das Verkehrte, das von ihnen ausgegangen sei, nicht aufkommen. Ferner sprach sich der Abgeordnete Dr. Paasche gegen die Auffassung des Ministers über den Fall Arons aus. Er faßte im Gegensatz zu dem Minister, der gemeint hatte, die Bedeutung der Sache sei in der Oeffentlichkeit überschätzt worden, seine Ansicht in das Prädikat „sehr bedenklich" zusammen. Auch auf dieser Seite des Hauses überwog sichtlich die Erkenntniß, daß es sich hier nicht sowohl um die Aufrechterhaltung des liberalen Grundsatzes der Lern- und Lehrfreiheit handle, sondern um die Frage der Einheitlichkeit der Staatsgewalt auf allen Gebieten. Das hatte auch der Abgeordnete v. Zedlitz in seiner Rede hervorgehoben mit den Worten: „Niemals ist eine einheitliche starke Regierung, von festen Grundsätzen geleitet, nothwendiger gewesen als heute, und nichts kann das Ansehen der Regierung, kann die Wirksamkeit ihres Kampfes gegen sozialrevolutionäre Bestrebungen mehr beeinträchtigen als die Wahrnehmung, daß in verschiedenen Zweigen unseres Staatslebens eine tiefliegende Verschiedenheit der Grundsätze besteht." Die akademische Lern- und Lehrfreiheit, die eine Säule der deutschen Wissenschaft ist, soll gewiß nicht angetastet werden. Die „gesunde" wissenschaftliche Auffassung aber, für die Herr Dr. Bosse eintrat, verlangt in erster Linie eine sorgfältige Pflege des nationalen Gedankens als des fruchtbaren Nährbodens all' der ideellen und materiellen Güter unseres Volkes, zu deren wissenschaftlicher Bewerthung und Vervollkommnung unsere Universitäten berufen sind. Wenn Herr Dr. Bosse sich entschließen kann, nach dieser Seite mit unerbittlicher Folgerichtigkeit und ganz ohne Wenn und Aber vorzugehen, dann wird er nicht nur ein preußischer Kultusminister, sondern zugleich ein deutscher Kulturmeister sein.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Mai.

* **Berlin.** Der Kaiser telegraphirte an den Präsidenten Faure: „Veuillez me permettre m'associer deuil, que Paris et France toute entière ressentent ce moment par suite horrible catastrophe Rue Jean Goujon, que Dieu soulage tous malheureux, qui pleurent ce moment une vie cherie." Der Präsident Faure erwiederte: „Je suis très touchés sentiments exprimés dans télégramme, par lequel Majesté impériale et royale s'associé deuil on catastrophe d'hier a plongé Paris et France toute entière. Je la remercie des voeux, quelle forme pour que Dieu soutienne et console malheureux affligés par terrible désastre, qui nous émeut profondement."

* **Berlin.** Die Gerüchte über eine Ministerkrisis halten trotz offiziöser Dementis an. Wir erfahren bestimmt, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe heute Nachmittag aus der Sitzung des Staatsministeriums durch besonderen Kurier zum Kaiser berufen wurde.

* **Budapest.** Die ungarische Quotendeputation hielt heute die Schlußsitzung ab. Banffy erklärte, er billige den Standpunkt der ungarischen Deputation unbedingt und es werde nunmehr Sache der Regierung sein, eine befriedigende Lösung der Quotenfrage herbeizuführen; es sei möglich, daß dies nicht ganz ohne Opfer seitens Ungarns bewerkstelligt werden könne, die Regierung werde es jedoch für Gewissenspflicht halten, dafür zu sorgen, daß dem Lande kein ungerechtes Opfer auferlegt werde und keines, das über die Grenzen der äußersten Nothwendigkeit hinausgeht. Auf Grundlage dieser Anschauungen werde eine möglichst rasche Lösung angestrebt werden.

* **Paris.** Vor dem Industriepalaste wiederholen sich fortwährend die erschütterndsten Scenen. Man befürchtet, daß bei der Agnoscirung der Leichen mehrfach Irrthum vorgekommen ist. Die meisten Minister trafen heute im Industriepalast ein. Dr. Bertillon begab sich heute dorthin, um die Leichname und Schmuckgegenstände zu photographiren. In den Wohnhäusern der bei dem Brande Umgekommenen tragen sich deren Freunde in Listen ein. Ein zahlreiches Publikum nahm lebhaft bei den Vorgängen beim Brandunglück ein. Der Zahnarzt der Herzogin von Alençon nahm die als Herzogin von Alençon bezeichnete Leiche eingehend in Augenschein und erklärte nach sorgfältiger Untersuchung auf das Bestimmteste, daß der Leichnam derjenige der Herzogin von Alençon sei.

* **Paris.** Gegenüber den Vorwürfen einzelner Blätter erklärt die Polizeipräfektur, daß bei Veranstaltungen, wozu nur Eingeladenen der Zutritt gestattet ist, sie nicht zu interveniren habe; in solchen Fällen müsse sich die Polizei darauf beschränken, für die Freihaltung des Straßenverkehrs zu sorgen.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des **Auswanderungsgesetzes**. § 1 setzt die Erlaubnißpflichtigkeit für Unternehmer fest, welche die Auswandererbeförderung nach außerdeutschen Ländern betreiben. — Abg. Lenzmann (Freis. Volksp.) erklärt, seine Freunde könnten sich mit der Vorlage nicht befreunden, dieselbe trage den Polizeistempel an der Stirn, ihr Grundgedanke sei ganz verfehlt, auch die Kommission habe sie nicht gebessert. Es klingt ja verlockend, wenn dafür gesorgt werden soll, daß der Deutsche auch im Auslande das Gefühl des Zusammenhanges mit der Heimath nicht verliere; aber einen Einfluß könne der Deutsche auf die Geschicke Deutschlands nicht haben, denn er trage nicht unsere Steuern. Mit der Konzessionsbewilligung bewirke man nur, daß die Auswanderer sich ausschließlich an ausländische Vermittelungen und Schiffe wenden. Redner betont weiter, es sei nicht einmal der Begriff „Auswanderer" festgelegt; man verstehe darunter wohl nur die Zwischendeckpassagiere, man schaffe also wieder Unterschiede zum Nachtheile der Unbemittelten. Und wie könne man eine solche Erlaubniß- oder Verbotsmacht in die Hände eines einzelnen Mannes, des Reichskanzlers, legen, wenn man der Linken vorwerfe, wie sie sich zur Marine stelle, wenn man sie vaterlandslose Gesellen nenne? Welch' ein Schimpf, eine Beleidigung! (Rufe rechts: Zur Sache!) Er spreche zur Sache und schließe: Ein solches Gesetz lehnen wir ab, weil es dem Vaterlande nicht zum Heile, sondern zum Unheile gereicht. (Beifall links.) — Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt: Wie soll eine nationale Auswanderungspolitik getrieben werden, wenn ein so maßvoller Weg wie der vorgeschlagene auf eine so maßlose Kritik stößt, wie in den Ausführungen des Vorredners und der neuesten Eingabe aus Hamburg? Wie ist in dieser Petition die auch vom Vorredner wiedergegebene Behauptung möglich, daß Angesichts der Vorlage eine Verbindung von Waaren- und Auswandererverkehr unmöglich werde? Dadurch drückt man geradezu die Auswanderer, diese Pfadfinder des Handels, zur Waare herab. Vorredner möge bedenken, ob etwa Das, was wir erstreben, erreicht werden könnte, wenn wir etwa zwanzig Stellen statt der einen Centralstelle hätten, welche die Vorlage für das Konzessionswesen vorschlägt. — Abg. v. Kunz (nat.-lib.) vertheidigt die Kommission gegen den Vorwurf der Uebereilung. Die Art und Weise, wie Abg. Lenzmann über die Deutschen im Auslande gesprochen habe, entspreche jedenfalls nicht seinen, des Redners, nationalen Gefühlen. Auch die Kommission habe nur in jeder erlaubten Weise den Zusammenhang der Deutschen im Auslande mit der Heimath stärken wollen. — Abg. Dr. Hahn (fraktionslos): Die Stellung der Freisinnigen Volkspartei zu nationalen Fragen sei durch Lenzmann geradezu drastisch zum Ausdruck gekommen. Der Vorlage wohne keinerlei agrarische Tendenz bei. Was die Deutschen im Auslande anlange, so hätten dieselben allerdings vielfach mehr Verständniß als Lenzmann für die Bismarck'sche Politik. Die Vorlage gefährde nicht die internationale Freizügigkeit, sondern gehe nur dem Auswanderer mit Rath und That an die Hand. — Abg. Hasse (nat.-lib.) versagt den Deutschen im Auslande das Recht, in deutschen Dingen mitzureden. — Abg. Förster (Reformp.) wendet sich ebenfalls gegen die Aeußerung Lenzmann's. — Abg. Dr. Barth (Freis. Ver.): Mit dem Worte „national" scheine ihm denn doch ein etwas rednerischer Luxus getrieben worden zu sein. In Bezug auf die Vorlage seien die Hansastädte darin einig, daß diese ganz verkehrt sei. Die Eingabe der Hamburger Rheder sei durchaus gut durchdacht und sachverständig. — Abg. Graf v. Arnim meint, den Petenten sei das Gesetz nur unbequem. Wenn Lenzmann von angeblich nationalen Interessen gesprochen habe, so könne er mit solchen Herren nicht disputiren, aber festnageln wolle er solch' eine Aeußerung. — § 1 wird angenommen. Es folgt § 2: „Zur Ertheilung der Erlaubniß ist der Reichskanzler zuständig." Ein Antrag Bachem will hinzufügen: „unter Zustimmung des Bundesraths". — Direktor Reichardt hegt gegen den Antrag das Bedenken, daß alsdann der ganze komplizirte Apparat des Bundesraths bei jeder Konzessionssache in Bewegung gesetzt werden müsse. — Abg. Barth (Freis. Ver.) spricht gegen den Antrag, weil in dem Erforderniß der Zustimmung auch des Bundesraths noch ein weiteres Hinderniß gegen die Ertheilung von Konzessionen liegen würde. — Nachdem die Abgg. Dr. Schädler (Centr.), v. Marquardsen (nat.-lib.) und Graf Arnim (Reichsp.) für den Antrag eingetreten, wird derselbe angenommen. — § 3 ordnet an, daß die Erlaubniß in der Regel nur zu ertheilen sei an Reichsangehörige mit gewerblichen Niederlassungen im Reiche, an juristische Personen mit Sitz im Reichsgebiet u. s. w. Ein Antrag Frege-Barth will, daß diesen Personen und Gesellschaften die Erlaubniß nur zu versagen sei bei Vorliegen von Thatsachen, welche auf Unzuverlässigkeit im Gewerbebetriebe schließen lassen. Zur Berathung werden gleichzeitig die §§ 6 und 11 gestellt. § 6 bestimmt: „Die Erlaubniß ist nur für bestimmte Länder oder Orte und im Falle überseeischer Beförderung nur für bestimmte Einschiffungshäfen zu ertheilen." Die Anträge Hodenberg und Radbul wollen die Bestimmung „nur für bestimmte Länder oder Orte" streichen. Ein Antrag Frege-Barth will, die Erlaubniß soll nicht allgemein, nur für bestimmte Länder u. s. w. und Häfen ertheilt werden, sondern der Reichskanzler soll befugt sein, die Beförderung deutscher Auswanderer aus deutschen Häfen nach bestimmten Ländern zu untersagen. § 11 bestimmt, die Erlaubniß sei jederzeit widerruflich. Ein Antrag Frege-Barth will den Widerruf an bestimmte Voraussetzungen binden. Ein Antrag Radbul (Centr.) will auch den Widerruf an die Zustimmung des Bundesraths knüpfen und für die Siedelungsgesellschaften die vorherige Anhörung des Beiraths gemäß § 40 vorschreiben. Nach kurzer Debatte hierüber tritt Vertagung ein. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der Kaiser empfing heute Nachmittag den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe zum Immediatvortrag. Wie verlautet, soll dabei entschieden worden sein, welche Vorlagen dem Reichstag und dem Landtag in dieser Session noch unterbreitet werden sollen und für welchen Zeitpunkt der Schluß in Aussicht zu nehmen ist. — Die durch das Centralkomitee der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz mitgetheilte Nachricht, daß die Türkei die Hilfe des deutschen Rothen Kreuzes abgelehnt habe, wird von der hiesigen türkischen Botschaft für völlig unbegründet erklärt. Der Sultan habe im Gegentheil das Anerbieten einer Hilfeleistung mit großem Danke angenommen und angeordnet, daß die nach Konstantinopel zu entsendenden deutschen Aerzte, Krankenpfleger u. s. w. in den Lazarethen der Hauptstadt Verwendung finden sollen. — Das Polizeipräsidium läßt mittheilen: Heute früh wurde die Wittwe Johanne Wolf, 72 Jahre alt, in ihrer Wohnung in Weißensee im Bett todt vorgefunden. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen. Die Frau lebte mit dem 51 Jahre alten Bäcker Adolf Fischer in wilder Ehe. Fischer soll die Wolf öfter mit Todtschlag bedroht haben; er ist seit heute früh flüchtig.

Braunschweig. Die 7. ordentliche Landessynode nahm den Antrag des Abg. Zerbst an, die Regierung durch das Kirchenregiment ersuchen zu lassen, daß sie ihren Vertreter beim Bundesrath bevollmächtige, gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes seine Stimme abzugeben.

Wien. Ein hiesiges Blatt will wissen, der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand habe sich mit der Prinzessin Sophie, Tochter des Herzogs Karl Theodor in Bayern, verlobt.

Pest. Es verlautet, Graf Badeni habe wegen der Ausgleichsschwierigkeiten dem Monarchen seine Demission angeboten. Als Nachfolger sei, wie schon früher, auch diesmal Prinz Alfred Liechtenstein in Aussicht genommen.

Paris. Die Kammerfrau der Herzogin von Alençon hat, nachdem sie die im Industriepalaste ausgestellten Leichen besichtigt hat, nicht das geringste Anzeichen gefunden, welches annehmen ließe, daß die Herzogin sich darunter befinde; dagegen hat man eine silberne Taschenuhr mit goldenem Karabinerhaken, welche der Herzogin gehört, aufgefunden. Seit 5 Uhr früh ist die ganze Umgebung der Unglücksstätte von großen Menschenmengen belagert. Die nach und nach aufgehobenen Leichen werden zum Zwecke der Recognoscirung im Industriepalast ausgestellt, wo die die Straßen besetzt haltenden Massen fortwährend anwachsen und

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.